

CETA

RATIFIZIERUNG STOPPEN!

7 Argumente gegen das EU-Kanada-Abkommen



Beim Abbau von kanadischem Teersandöl entstehen 23% mehr CO₂-Emissionen als bei üblichem Erdöl. CETA garantiert seinen zollfreien Export und schützt Gewinnerwartungen der Investoren durch Konzernklagerechte.

Nach massiven zivilgesellschaftlichen Protesten ist CETA, das umfassende Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit Kanada, 2017 *vorläufig* und zu großen Teilen in Kraft getreten. Ausgenommen sind bislang Kapitel, die auch der Zustimmung der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten bedürfen, darunter die hoch umstrittenen Sonderklagerechte für ausländische Investoren. Vollständig in Kraft treten kann CETA nur, wenn es von den Parlamenten *aller* EU-Staaten ratifiziert wurde. Obwohl Deutschland und elf weitere EU-Länder das Abkommen nicht ratifiziert haben, boomt der Handel zwischen Kanada und Europa und hat sich seit der vorläufigen Anwendung nahezu verdoppelt. Der Handel mit dem besonders klimaschädlichen kanadischen Teersandöl hat sich sogar verdreifacht.

Im März 2022 hat das Bundesverfassungsgericht Klagen gegen CETA abgewiesen, da die *vorläufige Anwendung* verfassungskonform sei und bestimmte Vertragsteile – etwa die Sonderklagerechte ausländischer Investoren – erst bei Vorlage eines Zustimmungsgesetzes zu CETA entschieden werden könnten. Insgesamt sieht das Gericht CETA durchaus kritisch.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass die Ampelkoalition in Bälde ein Zustimmungsgesetz zu CETA vorlegt, das im Bundestag und im Bundesrat abzustimmen ist.

7 Argumente gegen die Ratifizierung von CETA

1. Klima- und Nachhaltigkeitsziele sind Handelsinteressen untergeordnet

Obwohl CETA *erst nach* Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens unterzeichnet wurde, enthält es keine verbindlichen Regeln und Durchsetzungsmechanismen zum Schutz des Klimas. Das Gleiche gilt für weitere ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele, wie sie etwa im internationalen Übereinkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt oder in den Kernprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vereinbart sind. Dagegen ist der zollfreie Handel mit klimaschädlichen Produkten wie dem besonders CO₂-lastigen kanadischen Teersandöl durch ein zwischenstaatliches Schiedsgericht geschützt, das Strafzölle verhängen kann. **Die Unterordnung von Nachhaltigkeitszielen unter Handelsinteressen heizt die Klimakatastrophe und soziale Krisen weiter an.**

2. Paralleljustiz für internationale Konzerne gestärkt

Durch eine vollständige Ratifizierung von CETA würden die Sonderklagerechte internationaler Konzerne gegen Staaten erheblich gestärkt: CETA ermächtigt *alle* ausländischen Investoren, die Niederlassungen in Kanada oder einem EU-Staat haben, ihre Gaststaaten vor einem sog. Investitionsgerichtssystem (ICS) auf hohen Schadensersatz zu verklagen, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch neue Gesetze zum Ausstieg aus fossilen Energien oder Anheben sozialer Standards gefährdet sehen. Ebenso wie herkömmliche Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS) ist ein formal aufge bessertes ICS eine Sonderjustiz, die ausschließlich von ausländischen

Investoren genutzt werden kann. Verhandelt würden die Investorenklagen auf der schmalen rechtlichen Basis des CETA-Investitionsschutzkapitels, das im Unterschied zu parlamentarisch beschlossenen nationalem Recht keine Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums kennt. **Staatliche Rechte zur Regulierung der Wirtschaft würden ausge-rechnet in der sich zuspitzenden Klimakrise geschwächt.**

3. **Entmachtung der Parlamente**

Um "Handelshemmnisse" technischer, ökologischer, rechtlicher oder sozialer Art fortlaufend abzubauen, wurde CETA als "Living Agreement" konzipiert. Geheim tagende Ausschüsse (namentlich der Gemischte CETA-Ausschuss und seine Sonderausschüsse), die sich aus Vertreter*innen der kanadischen Regierung und der EU-Kommission zusammensetzen, sind befugt, völkerrechtlich bindende Beschlüsse zu fassen, ohne das EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten zu beteiligen. Diese Beschlüsse betreffen z.B. Fragen der Vertragsauslegung, der Definition von "geistigem Eigentum", von Umwelt- und Sozialstandards oder der Zulassung von Agrochemie, die von großer gesellschaftlicher Tragweite sind. **Wir beurteilen das Übergehen der Parlamente als schwerwiegendes Demokratiedefizit.**

4. **Antikorruptionsklauseln fehlen**

In der EU Handelsagenda *Trade for All* wurde 2015 angekündigt, dass alle Handelsabkommen Antikorruptionsklauseln enthalten sollen. Während Kanada in den Abkommen mit USA und Mexiko sowie mit transpazifischen Staaten umfassende Antikorruptionsklauseln vereinbart hat, fehlen solche Klauseln bei CETA. **Ohne Antikorruptionsklauseln ist jedoch fairer Handel nicht zu erreichen.**

5. **Gefährdung des Vorsorgeprinzips**

Im Gegensatz zu dem in Kanada geltenden Risikoprinzip folgt der Umwelt- und Verbraucherschutz der EU dem Vorsorgeprinzip. Produkte können vorsorglich verboten werden, wenn ein Verdacht auf ein Gesundheits- oder Umweltrisiko vorliegt. Das **Vorsorgeprinzip ist in CETA nicht ausreichend verankert.** So muss u.a. mit kostspieligen Klagen ausländischer Konzerne gerechnet werden, wenn Zulassungsverbote von gentechnisch veränderten Lebensmitteln oder krebserregenden Chemikalien auf Basis des Vorsorgeprinzips erlassen werden.

6. **Bedrohung der bäuerlichen Landwirtschaft**

In Kanada ist Fleisch aufgrund geringerer Tierwohlstandards billiger als in der EU, während die dortigen Milchpreise das Einkommen der Bäuer*innen sichern und deutlich höher sind. Mit CETA wurden die Importquoten für zollfreies kanadisches Schweine- und Rindfleisch um das 14-Fache erhöht, im Gegenzug kann die EU mehr billigen Käse zollfrei nach Kanada exportieren. CETA schafft also einen Dumpingwettbewerb, der auf beiden Seiten des Atlantiks klimaschädliche Produktionsweisen fördert und soziale Standards senkt. **Das geht zu Lasten des Klimas, des Tierwohls und der bäuerlichen Landwirtschaft.**

7. **Ausverkauf der Daseinsvorsorge**

CETA schreibt für die öffentliche Daseinsvorsorge wie Wasser, Energie, Nahverkehr oder Gesundheit unumkehrbare Liberalisierungsverpflichtungen vor, die der

Dienstleistungs- und Finanzwirtschaft Geschäfts- und Anlagemöglichkeiten öffnen. Gemäß dem bei CETA eingeführten "Negativlistenansatz" müssen Ausnahmen von der Liberalisierungspflicht zu Vertragsbeginn als Vorbehalte gelistet worden sein. Andernfalls sind Rekommunalisierungen kaum mehr möglich. **CETA verschärft die Kommerzialisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorge und schränkt die politischen Handlungsspielräume der Kommunen dauerhaft ein.**

Um CETA zu ratifizieren, ist im Bundestag und im Bundesrat eine absolute Mehrheit nötig. Sowohl die Grünen als auch die Linkspartei haben sich auf Bundesebene gegen das Abkommen ausgesprochen.

CETA kann gestoppt werden. Wir sehen die Parlamentarier*innen aller demokratischen Parteien in der Verantwortung.

NETZWERK
**Gerechter
Welthandel** 

www.gerechter-welthandel.org